

4. Il serait également opportun de prévoir une planification à moyen et à long termes de la statistique officielle, afin que l'allocation des ressources pour les divers domaines se fasse de façon équilibrée. Cette planification présuppose toutefois la mise sur pied d'un système cohérent de documentation sur l'ensemble des données statistiques disponibles.

5. La concentration des enquêtes statistiques auprès d'un Office spécialisé serait également positive du point de vue de la protection des données individuelles et de la neutralité de la statistique. Les enquêtés seraient assurés que leurs données recueillies à des fins statistiques seraient concentrées en un seul et même lieu et que les risques d'une utilisation autre que celle indiquée seraient pratiquement nuls. La récente mise en cause de l'indice des prix à la consommation est un exemple qui montre combien il serait nécessaire de confier la production d'informations statistiques importantes à un office qui n'est pas, de par sa nature, impliqué dans la politique économique de notre pays.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Überwiesen – Transmis

81.921

Postulat Bircher

Raumplanung in den Kantonen. Durchsetzung Aménagement du territoire. Application dans les cantons

Wortlaut des Postulates vom 18. Dezember 1981

Der Bundesrat wird eingeladen, im Rahmen der Realisierung der Raumplanung gemäss den Zielen und Grundsätzen im Sinne von Artikel 1 und 3 des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 die Gebietsausscheidung (Siedlungsgebiet, Landwirtschaftsgebiet, Wald, Schutzgebiet, Gefahrengbiet, weitere Gebiete) bereits in den Richtplänen der Kantone deutlich zu verlangen.

Texte du postulat du 18 décembre 1981

Au titre de la mise en œuvre de l'aménagement du territoire, conformément aux objectifs et principes fixés aux articles 1^{er} et 3 de la loi du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire, le Conseil fédéral est invité à exiger expressément que les cantons délimitent dans leurs plans directeurs déjà les différentes zones d'affectation de leur territoire (territoires urbanisés, terres agricoles, forêts, territoires à protéger, zones de danger, autres territoires).

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Ganz, Morf, Muheim, Neukomm (5)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

1. Gemäss RPG dienen die Richtpläne den Kantonen als Grundlage, wie sich ihr Gebiet räumlich entwickeln soll. Diese Pläne sind für die Behörden verbindlich, sie dienen auch der Koordination der räumlichen Entwicklung zwischen Gemeinden, Regionen, Kantonen und den Sachplanungen des Bundes (Art. 6, 8 und 9 des RPG). Damit die Richtpläne für die im Gesetz vorgesehenen Zwecke (Grundlage und Koordination) dienen können, ist die genannte Gebietsausscheidung unumgänglich und im RPG auch vorgesehen.

Demgegenüber stellen wir fest, dass in der vom Bundesrat am 26. August 1981 erlassenen Verordnung über die Raumplanung diese Gebietsausscheidung nicht klar verlangt wird (vgl. Art. 3 und 4 der Verordnung).

Die Folge kann sein, dass auf diese Weise Koordination und Konfliktbereinigung nur teilweise stattfinden. Es wäre zum Beispiel denkbar, dass (wie früher in den Richtplänen) nur die Belange von Siedlung und Verkehr berücksichtigt würden, hingegen die für die Zukunft elementaren Anliegen etwa der Landwirtschaft und des Landschaftsschutzes vernachlässigt blieben. Die Praxis lässt nämlich je nach Kanton bereits jetzt erkennen, dass den postulierten Anliegen bei der Erarbeitung der Richtpläne nur sehr unterschiedlich nachgelebt wird.

2. Würde etwa der Inhalt der Richtpläne von Kanton zu Kanton anders definiert, so bestünde die Gefahr, dass die Richtpläne für Koordination und Konfliktbereinigung nicht genügen könnten. Damit wäre aber eine wesentliche Aufgabe der Raumplanung nicht lösbar – ein wichtiges Ziel nicht erreicht!

3. Das RPG vom 22. Juni 1979 ist eine gute und taugliche Grundlage für die Realisierung einer wirkungsvollen Raumplanung in unserer föderalistischen Schweiz. Es kann aber nur zum Tragen kommen und seine Wirkungen entfalten, wenn Ziele und Massnahmen gemäss RPG umfassend und nachhaltig beachtet und die wesentlichen Instrumente im Sinne des Gesetzes angewendet werden.

Dazu gehört aber die dargelegte Gebietsausscheidung in den Richtplänen, damit die Aufgabe gemäss Artikel 8 des RPG überhaupt erfüllt werden können.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a und d und Artikel 3 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (RPG) machen deutlich, dass das Bundesrecht die Anliegen von Landwirtschaft und Landschaftsschutz hoch einschätzt. Deshalb verlangt Artikel 6 RPG, dass die Kantone schon im Rahmen der Richtplanung unter anderem feststellen, welche Gebiete sich für die Landwirtschaft eignen oder besonders schön, wertvoll, für die Erholung oder als natürliche Lebensgrundlage bedeutsam sind (Art. 6 Abs. 2 Bst. a und b RPG). Die Kantone sind gehalten, kraft solcher Untersuchungen in den Grundzügen zu bestimmen, wie sich ihr Gebiet räumlich entwickeln soll (Art. 6 Abs. 1 RPG). Das Bundesgesetz äussert sich aber nicht zur Dichte dieser Zukunftsvorstellungen; es lässt den Kantonen die Freiheit, sich mit einem allgemeinen Zielrahmen zu begnügen oder geschlossene Leitbilder mit klaren Ansichten über die erwünschte Gebietsausscheidung zu fertigen. Diese «Grundlagen» – so der Titel von Artikel 6 RPG – dürfen dem Gesetzesaufbau zufolge nicht dem Richtplan gleichgehalten werden: Die Kantone erarbeiten sie «für die Erstellung ihrer Richtpläne» (Art. 6 Abs. 1 RPG); der Richtplan ist ein gewerteter und verarbeiteter Auszug aus diesen Grundlagen. Ob der Richtplan Aussagen macht und mit welchen Einzelheiten er das tut, hängt davon ab, wo und mit welchem Mass an Bestimmtheit raumwirksame Aufgaben aufeinander abgestimmt werden müssen und abgestimmt werden können (Art. 8 Bst. a RPG; Art. 3f der Verordnung vom 26. August 1981 über die Raumplanung). Ausserdem gehört die Ausscheidung von Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen sowie von weiteren Zonen und Gebieten auf die Stufe der Nutzungsplanung (Art. 14 bis 18 RPG) und ist damit überwiegend Sache der Gemeinden, nicht der Kantone. Die Freiheit, die die Gemeinden dabei geniessen (Art. 2 Abs. 3 RPG), ist allerdings beschränkt: Ihre Nutzungspläne müssen Ziele und Grundsätze der Raumplanung beachten (Art. 1 und 3 RPG) und mit den vom Bundesrat genehmigten Richtplänen übereinstimmen (Art. 26 Abs. 2 RPG).

Es trifft zu, dass der Richtplan Koordination und Konfliktbereinigung um so leichter herstellen kann, je sorgfältiger die Grundlagen dafür bereitgestellt werden. Aus den

genannten Gründen kann der Bundesrat aber eine das ganze Kantonsgebiet bestreichende Gebietsausscheidung nicht im Richtplan verlangen; er würde den Rahmen des Gesetzes verlassen. Er wird bei Genehmigung der kantonalen Richtpläne hingegen prüfen, ob die Grundlagen über alle in Artikel 6 RPG genannten Sachbereiche erstellt worden sind, ob der Richtplan alle Konfliktpunkte zu Gemeinden, Nachbarkantonen und Bund aufführt, die sich aus den Grundlagen ergeben, und ob die Koordinationsabsprachen im Richtplan unter anderem den Zielen und Grundsätzen der Raumplanung (Art. 1 und 3 RPG) genügen. Gegenstand der bundesrätlichen Genehmigung ist aber einzig der Richtplan nach Artikel 8 RPG (Art. 11 Abs. 1 RPG); die Grundlagen unterliegen höchstens vorfrageweise, aber nicht als solche einer bundesrätlichen Prüfung.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

81.448

Postulat Uchtenhagen

Zinspolitik und Inflationsbekämpfung

Politique des taux d'intérêt et lutte contre l'inflation

Wortlaut des Postulates vom 21. September 1981

Die erneute Anhebung der Leitzinssätze der Nationalbank führen zu einer weiteren Erhöhung des Zinsniveaus in der Schweiz. Die damit verknüpften Auswirkungen auf Mietzinse, Landwirtschaftskosten, aber auch auf Investitionen in Produktivkapital und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft lassen es immer fraglicher erscheinen, ob das Ziel der Inflationsbekämpfung ausschliesslich mit monetären Massnahmen erreicht werden kann und soll.

Der Bundesrat wird daher eingeladen, neben einer Politik des knappen Geldes weitere inflationshemmende und das Zinsniveau stabilisierende Massnahmen zu prüfen, und zwar auch solche, die erst mittel- oder längerfristig wirksam werden. Neben einer allgemeinen Preis- und Hypothekarzinsüberwachung könnten solche Massnahmen etwa sein:

- Ausbau des Pfandbriefinstrumentes und der Festgeldhypotheken;
- Schaffung eines «Ausgleichsfonds» zur Stabilisierung der Hypothekarzins;
- Teilindexierung von Sparguthaben und Hypotheken;
- Amortisationspflicht für Hypotheken;
- Lockerung von Zinskartellen;
- Massnahmen zur Bremsung des Geldabflusses ins Ausland;
- Prüfung einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Währungs- und Zinspolitik sowie im Bestreben, einen wachsenden Anteil des Aussenhandels, insbesondere der Ökontrakte, in europäischen Währungen abzuwickeln.

Texte de postulat du 21 septembre 1981

Le dernier relèvement des taux d'intérêt directeurs par la Banque nationale entraîne une nouvelle hausse des taux d'intérêt en Suisse. Les répercussions de cette mesure sur les loyers, les coûts agricoles, mais aussi sur les investissements dans des biens de production et la compétitivité de

notre économie nous amènent de plus en plus à nous demander s'il est possible, voire souhaitable, de mener à bien la lutte contre l'inflation au moyen des seules mesures monétaires.

J'invite par conséquent le Conseil fédéral à envisager, parallèlement à une politique de resserrement de liquidités, des nouvelles mesures destinées à freiner l'inflation et stabiliser les taux d'intérêt, sans oublier celles dont l'efficacité ne se révélerait qu'à moyen ou à long terme. Outre la surveillance générale des prix et des taux hypothécaires, l'on pourrait prendre les mesures suivantes:

- Recours accru à la lettre de gage et aux hypothèques à terme fixe;
- Création d'un «fonds régulateur» destiné à stabiliser les taux hypothécaires;
- Indexation partielle des avoirs en comptes d'épargne et des hypothèques;
- Obligation d'amortir les hypothèques;
- Assouplissement des ententes à caractère cartellaire en vue de la fixation des taux d'intérêt;
- Mesures visant à freiner l'exode des capitaux vers l'étranger;
- Etudes sur le renforcement éventuel de la collaboration entre pays européens en matière de politique monétaire et de taux d'intérêt, notamment les efforts visant à effectuer une portion croissante des opérations commerciales internationales en devises européennes (tout particulièrement pour les accords pétroliers).

Mitunterzeichner – Cosignataires: Affolter, Bircher, Borel, Braunschweig, Bundi, Christinat, Deneys, Ganz, Gerwig, Gloor, Hubacher, Jaggi, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Reiniger, Renschler, Robbiani, Rothen, Rubi, Vannay, Wagner, Weber-Arbon (26)

Begründung – Développement

Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Stellungnahme.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Präsidentin: Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Allenspach: Schon anlässlich der Wintersession ist dieses Postulat auf der Traktandenliste gestanden. Ich habe schon damals den Antrag gestellt, dieses Postulat abzulehnen. Ich wiederhole den Ablehnungsantrag. Dabei ist davon auszugehen, dass dieses Postulat von Frau Uchtenhagen nicht begründet worden ist. Es gibt also keine Auslegung, keine Einschränkungen. Wir wissen nicht genau, was mit diesem Postulat im Speziellen angestrebt ist. Wir wissen nur, was im Text des Postulates steht und wir haben uns bei der Beurteilung ausschliesslich auf den Text des Postulates zu beziehen. Deshalb wäre in Erinnerung zu rufen, was in diesem Postulat alles verlangt wird.

Präsidentin: Herr Allenspach, darf ich vorschlagen, dass die Behandlung dieses Postulates verschoben wird?

Zustimmung – Adhésion

Postulat Bircher Raumplanung in den Kantonen. Durchsetzung

Postulat Bircher Aménagement du territoire. Application dans les cantons

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.921
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	536-537
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 355

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.